



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2012/2107(DEC)

29.11.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zum Sonderbericht Nr. 6/2012 (Entlastung 2011) – „Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für die türkisch-zyprische Gemeinschaft“ (gemäß Artikel 287 Absatz 4 zweiter Unterabsatz AEUV) (2010/2107(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Marietta Giannakou

PA_Legam

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 389/2006 des Rates vom 27. Februar 2006 zur Schaffung eines finanziellen Stützungsinstruments zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkischen Gemeinschaft Zyperns,
 - unter Hinweis auf den Sonderbericht Nr. 6/2012 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel: „Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für die türkisch-zyprische Gemeinschaft“,
- A. in der Erwägung, dass es zur Schaffung der Grundlagen einer wirksamen Lösung für die Wiedervereinigung Zypern wesentlich ist, alle fünf in Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 389/2006 des Rates festgelegten Hilfsziele weiter zu unterstützen;
1. betont, dass die Unterstützung der türkisch-zyprischen Volksgruppe gemäß den Bestimmungen der Verordnung des Rates unbedingt fortgeführt werden muss, was die Kommission auch in ihrer Antwort auf den Sonderbericht des Rechnungshof festgestellt hat; unterstreicht, wie wichtig es ist, die türkisch-zyprische Gemeinschaft näher an die Union heranzuführen, um den Prozess der Wiedervereinigung zu erleichtern; vertritt daher die Auffassung, dass die für (i) die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, (ii) die Entwicklung und Umgestaltung der Infrastruktur, (iii) die Versöhnung, vertrauensbildende Maßnahmen und die Unterstützung der Zivilgesellschaft, (iv) die Annäherung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft an die Union, (v) die Ausarbeitung von Rechtstexten, die dem gemeinschaftlichen Besitzstand entsprechen, (vi) die Vorbereitung der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands sowie die vorrangig für die Förderung der wirtschaftlichen Integration bereitgestellten Mittel künftig aufgestockt und die damit verbundenen von beiden Volksgemeinschaften getragenen Programme intensiviert werden sollten;
 2. weist insbesondere darauf hin, welche wesentliche Rolle von beiden Gemeinschaften getragene Projekte wie der Ausschuss für die Vermissten für die Ermittlung des Schicksals der Vermissten und damit für die Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen spielen; unterstreicht, wie wichtig es ist, die notwendigen Mittel für die Arbeit des Ausschusses für die Vermissten sicherzustellen, und fordert die Europäische Kommission auf, zur Unterstützung des Ausschusses für die Vermissten an die türkischen Streitkräfte zu appellieren, Zugang zu den Militärgebieten zu gewähren; betont, dass von beiden Gemeinschaften getragene Infrastrukturprojekte finanziert werden müssen und eine effizientere Zusammenarbeit mit den Organisationen und Programmen der Vereinten Nationen erforderlich ist;
 3. weist ferner darauf hin, dass die Arbeit des Technischen Ausschusses für das kulturelle Erbe weiter unterstützt werden muss, um die Restaurierung und Erhaltung historischer und religiöser Stätten sicherzustellen, die integraler Bestandteil des kulturellen Erbes

Zyperns und untrennbarer Bestandteil des Weltkulturerbes insgesamt sind;

4. fordert die Kommission auf, für die bestmögliche Verbreitung von Informationen über Ausschreibungen von Programmen zur Aussöhnung und zur Stärkung der Zivilgesellschaft zu sorgen; weist insbesondere darauf hin, dass Programme für die sozioökonomische Integration und die Teilhabe von Frauen in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft unterstützt werden müssen;
5. unterstreicht, dass die ungelösten Eigentumsfragen geregelt werden müssen, von denen beide Volksgemeinschaften betroffen sind; erinnert daran, dass schätzungsweise 78% des in Privateigentum befindlichen Landes im Nordteil Zyperns rechtmäßig griechischen Zypern gehört, und betont, dass eine Lösung der Eigentumsfragen für eine umfassende Lösung des Zypernproblems und die Unterstützung künftiger Wiedervereinigungspläne von wesentlicher Bedeutung sein wird; fordert die Kommission auf, die Eigentumsverhältnisse für diese Liegenschaften weiter zu überprüfen, so dass die Rechte der rechtmäßigen Eigentümer gewahrt bleiben;
6. unterstreicht die Bedeutung der Meerwasserentsalzungsanlage im Nordteil der Insel für den Erhalt der Grundwasserreserven, um die Gefahr von Dürren im Zusammenhang mit dem Rückgang der jährlichen Niederschlagsmenge um 40% in den vergangenen 30 Jahren abzumildern, und fordert die Kommission auf, dieses Projekt zu retten und so wiederzubeleben, dass damit ohne irgendwelche Diskriminierungen hinsichtlich der Herkunft der Bieter ein Beitrag zum Frieden auf der Insel geleistet werden kann; ist zutiefst besorgt darüber, dass dieses Projekt wegen der Beschränkungen, die dem griechisch-zyprischen Auftragnehmer von der türkischen Armee auferlegt wurden, gescheitert ist; fordert die Kommission auf, dem Europäischen Parlament über ähnliche diskriminierende Vorfälle bei laufenden und künftigen Projekten zu berichten;
7. fordert die Kommission angesichts der Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs auf, zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Verwaltung der auf dem bisherigen Rechtsrahmen beruhenden und mit der Verordnung des Rates in Einklang stehenden Hilfen weiter verbessert werden kann.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	27.11.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 44 -: 2 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Elmar Brok, Jerzy Buzek, Mário David, Marietta Giannakou, Ana Gomes, Andrzej Grzyb, Richard Howitt, Anna Ibrisagic, Liisa Jaakonsaari, Ioannis Kasoulides, Maria Eleni Koppa, Andrey Kovatchev, Eduard Kukan, Vytautas Landsbergis, Ulrike Lunacek, Mario Mauro, Willy Meyer, Francisco José Millán Mon, Alexander Mirsky, Norica Nicolai, Justas Vincas Paleckis, Pier Antonio Panzeri, Alojz Peterle, Bernd Posselt, Hans-Gert Pöttering, Fiorello Provera, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, György Schöpflin, Laurence J.A.J. Stassen, Charles Tannock, Inese Vaidere, Geoffrey Van Orden, Sir Graham Watson
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Reinhard Bütikofer, Anne Delvaux, Christian Ehler, Knut Fleckenstein, Elisabeth Jeggle, Agnès Le Brun, Potito Salatto, Ivo Vajgl, Luis Yáñez-Barnuevo García, Janusz Władysław Zemke
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	João Ferreira, Ashley Fox, Jolanta Emilia Hibner, Antigoni Papadopoulou, Kyriacos Triantaphyllides, Peter Šťastný